



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/15 - 18. Januar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 51-33
Fernschreiber 089 890

Einweise auf den Inhalt:

Pankows Volksarmee vor dem Start	S. 1
Drei Jahre Parlament des Nordens	S. 3
Prof. Dr. Ludwig Proller, M.d.B.: Jugend in Not	S. 5

Zwei Armeen ohne Vaterland

B.Z. - Berlin

Nach den Demonstrationen, zu denen SED und Pankower Regierung zusammen mit dem FDGB am letzten Sonntag nicht nur in Ostberlin, sondern in allen Bezirks- und teilweise auch Kreisstädten der Zone die bewaffneten "Kampfgruppen der SED" aufmarschieren ließen, besteht wohl kein Zweifel mehr darüber, dass Ulbricht schon in Kürze seine "Nationalarmee" oder wie man sie neuerdings nennt, seine "Volksarmee", aufstellen wird. Praktisch wird es sich dabei um die Umwandlung der "Kasernierten Volkspolizei" in eine reguläre Streitmacht, wahrscheinlich auf der Basis einer weitgehenden Wehrpflicht handeln. Ulbrichts Feststellung vom Herbst, dass vorläufig an die Einführung einer allgemeinen Verteidigungspflicht nicht gedacht werde, gilt anscheinend jetzt nicht mehr.

Ausgerechnet die Wästerkehr des Todestages von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die sich beide gegen jede Diktatur wandten und die daher auch den deutschen Lenin-Anhängern und Nachahmern ablehnend gegenüberstanden, benutzte das SED-Regime, um mit geschickter Regie von der "Volkenmasse" die Schaffung einer "Volksarmee" als Verteidigungsinstrument des sowjetischen Diktaturstaats fordern zu lassen. 14 000 Mitglieder der Kampfgruppe, in Hundertschaften gegliedert, deren erste Reihen mit Maschinenpistolen bewaffnet waren, während die Masse der Demonstranten Karabiner trug, marschierten zusammen mit über 10 000 Angehörigen der FDJ und vor allem der "Gesellschaft für Sport und Technik" fünf Stunden lang an den Mitgliedern des ZK der SED vorüber. In verschiedenen Variationen

SED-Fressdienst

P/XI/15

- 2 -

18. Januar 1956

mussten die Mitglieder der CST, jener vormilitärischen Organisation, die Forderung erheben: "Weil wir den Frieden lieben, wollen wir die Waffen meistern!" - "Darum eine Volksarmee zum Schutze unserer Heimat!"

Wer die Praxis der SED bei der Einleitung wichtiger Massnahmen kennt, weiss, dass solche "Forderungen des Volkes" die Einleitung zu einer kurz bevorstehenden Staatsaktion darstellen. Wenn das ganze Volk die Bildung einer Armee und die Verteidigungsbereitschaft fordert, warum sollte dann eine Regierung, die sich als "Vollzugsorgan der Arbeiter- und Bauernmacht" bezeichnet, noch länger zögern?

Nachdem seit einiger Zeit die fieterhaften Werbemassnahmen zum Eintritt in die KVP aufgehört hatten, hatte man mit einer Reorganisation der bisher bestehenden KVP-Einheiten begonnen. Dies war umso eher möglich, als in den letzten Wochen auch VP-Offiziere, die für längere Zeit zur Ausbildung nach der Sowjetunion geschickt worden waren, in grösserer Zahl in die Zone zurückgekehrt sind. Der Streit, ob der ehemalige Innenminister Stoph oder der frühere FDJ-Vorsitzende Honecker Verteidigungsminister werden sollte, ist inzwischen zugunsten Stophs entschieden worden. Moskau hat offensichtlich die Aufstellung der ersten westdeutschen NATO-Einheiten in Andernach abgewartet, ehe es den Startschuss für die Bildung einer "Volksarmee" abfeuerte. Der Krenz hat es sich in der Ost-West-Auseinandersetzung über Deutschland nie nehmen lassen, aus Gründen der politischen Taktik bei jedem neuen Schritt, der zur Vertiefung der deutschen Spaltung führte, dem Westen den Vortritt zu lassen.

Allen Anschein nach soll im Rahmen der künftigen Parkower "Volksarmee" auch die Organisation der "Kampfgruppen" eine besondere Rolle spielen. Es liegt nahe, angesichts der demonstrativen Herausstellung dieser von der SED bewaffneten Kader solche Schlüsse zu ziehen. Eine organisatorische Eingliederung dieser "SED-Kampfgruppen" in die neue "Volksarmee" ist umso leichter, als die militärische Ausbildung dieser Hundertschaften nach den Dienstvorschriften der KVP durchgeführt und die KGs selbst einsetz- und befehlsmässig der Volkspolizei unterstellt wurden.

Innerhix dürfte eine solche Lösung der Frage der Verteidigungsmacht für die Verantwortlichen in Parkow bitter schmecken, da niemand besser als das ZK der SED weiss, dass geschlossene Aufmärsche wie am Sonntag Potenkinsche Dörfer bleiben müssen, solange die Masse der Arbeiterschaft nur widerwillig an der Kampfgruppenausbildung teilnimmt, ja sogar diese militärische Schulung sabotiert. Man musste zur Kenntnis nehmen, dass allgemein nicht mehr als zwanzig Prozent der KG-Mitglieder zur Ausbildung erscheinen.

+ + +

- 2 -

Der Norden rückt noch weiter zusammen

Finnland als fünftes Mitglied im Nordischen Räte

R.H. Bei der nächsten Tagung des Nordischen Rates, die am 27. Januar 1956 in Kopenhagen beginnt, werden zum ersten Male alle Länder Nordeuropas vertreten sein, nämlich Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden durch je 16 Ratsmitglieder, Island durch fünf. Die Kopenhagener Tagung wird sich vor allen mit drei Hauptfragen zu befassen haben: mit der Weiterführung der Bemühungen um eine skandinavische Wirtschaftsunion, mit der Gründung eines gemeinsamen Forschungsinstitutes zur Auswertung der Atomkraft für friedliche Zwecke und mit einer Überholung der Einrichtungen des Nordischen Rates auf Grund der bisherigen Erfahrungen.

In Beratungen verschiedener Ausschüsse sind die zu überwindenden Hindernisse aufgezeigt worden. Ein Sonderausschuss schafft eine gemeinsame Zoll-Nomenklatur. Spezialuntersuchungen der verschiedenen Wirtschaftszweige ergaben, dass etwa dreissig Prozent des interskandinavischen Warenaustausches ohne Schwierigkeiten von den Zollschranken befreit werden könnte, während bei etwa 25 Prozent die Zollfreiheit bald möglich wäre. Da jedoch zumindest 60 - 70 Prozent des Warenaustausches freigegeben werden müssten, wenn GATT seine Zustimmung zu dieser Abweichung von der allgemeinen Meistbegünstigungsklausel geben soll, müsste auch z.B. der Maschinenbau (10 - 12 Prozent) einbezogen werden können. Da in Norwegen - vor allen in den Reihen der bürgerlichen Parteien - befürchtet wird, dass die weniger konkurrenzfähige norwegische Industrie bei Aufhebung des Zollschutzes schweren Erschütterungen ausgesetzt würde, und da auch sonst Schwierigkeiten zu überwinden sind - z.B. Angleichung der Handels- und Zahlungsabkommen der beteiligten Staaten, einheitliche Warenbezeichnungen, Koordinierung der Patenteinrichtungen, Währungsfragen u.ä. - rechnet man allgemein mit einer langen Übergangszeit.

Das gemeinsame Atomforschungsinstitut soll in Kopenhagen im Anschluss an das Institut des Kernphysikers Niels Bohr errichtet werden.

Gemeinsamkeit bis auf Ausson- und Militärpolitik

Ein Rückblick auf die bisherigen drei Sessions des Nordischen Rates beweist seine Daseinsberechtigung. Die in der ersten Tagung erwogene Sozialkonvention ist nach Einführung zahlreicher vereinheitlichender

Spezialabkommen vor kurzem in Kopenhagen von den Sozialministern der nordeuropäischen Länder unterzeichnet worden. Die zweite Ratssitzung in Oslo regte im August 1954 eine Passunion an. Heute können die Bürger der angeschlossenen Länder ohne Visum und ohne Pass von einem Lande Nordeuropas zum anderen reisen, dort ohne besondere Genehmigung ein Arbeitsverhältnis eingehen und im Falle sozialer Notlage die Sozialeinrichtungen des Aufenthaltslandes in Anspruch nehmen. Die dritte Ratssitzung im Januar 1955 litt unter dem plötzlichen Ableben des eifrigsten Wegbereiters für den Nordischen Rat, des damaligen dänischen Ministerpräsidenten Hans Hedtoft, beschloß aber immerhin 16 Empfehlungen an die Regierungen der Mitgliedsstaaten.

Die Erfolge des Nordischen Rates beruhen auf echtem gegenseitigem Vertrauen, auf der Respektierung andersartiger Auffassungen und auf Gleichheit aller Partner. Der Rat befaßt sich ausschliesslich mit internordischen Angelegenheiten und nimmt weder zu Problemen der grossen Politik noch zu Militärfragen Stellung. Diese Beschränkung des Aufgabenbereiches ist seine Stärke, denn es erleichtert die Arbeit, dass die Atlantikpakt-Länder Dänemark, Island und Norwegen mit dem allianzfreien Schweden und dem durch einen Freundschaftspakt mit der Sowjetunion festgelegten Finnland störungsfrei zusammenarbeiten können.

Für die übrige Welt ist das Beispiel des Nordischen Rates als Zusammenschluss von immerhin mehr als 16 Millionen Menschen vor allem deshalb interessant, weil schon die kurze Geschichte des Rates beweist, was auch ohne irgendwelche supranationale Stellen ein echter Wille zur Zusammenarbeit bei Gleichberechtigung der Partner erreichen kann, wenn gegenseitiges Vertrauen geschaffen wird - und nicht nur verklausulierte Vertragstexte, die von jedem Partner anders ausgelegt werden, die Grundlage bilden.

+ + +

Die Jugend im Sozialplan

Der sozialpolitische Experte der SPD Prof. Dr. Ludwig Preller hielt vor der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk, d.h. den Vertretern aller vassgebenden in der Bundesrepublik mit Jugendfragen befassten Organisationen, in Barsinghausen einen Vortrag zu diesem Thema, dem eine ungewöhnliche Beachtung zuteil wurde und dessen wesentliche und wegweisende Gedanken wir darum an dieser Stelle auszugsweise wiederholen.

Dr.B. Über die Konstatierung der Jugendnot besteht Einmütigkeit: Jugendverwahrlosung, ja -kriminalität, das Elend der alternlosen und der Flüchtlingsjugend. Die geringen Entwicklungschancen dieser Jugend sind eins der traurigsten Symptome unserer Zeit. Aber auch in der relativ normalen Familie droht das Tempo, droht die Mechanisierung vor allem des Arbeitslebens die gesunde menschliche Entfaltung zu zerstören. Das Bild der Familie nimmt mehr und mehr die Züge der Zerrissenheit an, die Geborgenheit schwindet. Die Kinder und Jugendlichen sind, wenn es an die Familie geht, stets die ersten Betroffenen. Wie kann man ihnen beispringen?

Vorweg muss gesagt werden: alle reparierenden Massnahmen wie Waisenrenten, Ausbildungsbeihilfen der heutigen Art, Wohn- und Lehrlingsheime sind zur Behandlung des Jugendproblems wichtig, aber können doch nicht dessen Kern treffen. Die Lösung dieses Problems mündet letztlich in die Aufgabe der kulturellen Erneuerung unseres Gesellschaftslebens ein. Das ist das Ziel, in dem wohl alle, die mit dieser Frage umgehen, sich einig sind.

Mehr Familie!

Und nun der Weg: der Jugendliche braucht die Wärme und den Schutz der Familie; wo es für ihn die Familie noch gibt, sollte man sie ihr nicht rauben. Das heisst, dass bei der vertieften und sich verrutlich noch weiter vertiefenden Trennung von Erwerbs- und Familienleben der Vater soweit nur irgend denkbar die Möglichkeit geschaffen werden muss, sich am Familienleben zu beteiligen. Darin steckt die deutliche Forderung nach verkürzter Arbeitszeit und einem Arbeitseinkommen, aus dem die Familie ohne Erwerbstätigkeit der Mutter ernährt werden kann.

Denk das ist das Zweite: die Mutter soll sich ganz dem Familien-

leben und der Kindererziehung widmen können. Das bedingt erhöhten Gesundheitsschutz, Erholungs- und Ferienfürsorge für die Mutter.

Mit der inneren und äusseren Sicherung der Familie sind für die Erziehung des Jugendlichen erst die Vorbedingungen geschaffen.

Generelle Ausbildungsbeihilfen

Es interessieren die Fälle, in denen der Erziehungsanspruch des Kindes, des Jugendlichen von der Familie aus nicht seiner Begabung gemäss erfüllt werden kann. Das Kindergeld gibt hier nur bescheidene Hilfe und in entscheidenden Fällen gar keine.

Einschneidend ist die Frage, wie weit der Erziehungsanspruch schulisch geht. Erstreckt er sich lediglich auf Volksschulbildung? Nach dem heutigen Fürsorgerecht ist Begabtenförderung für Bedürftige ausgeschlossen. Demgegenüber sind nicht nur Schulgeld- und Schulmittelfreiheit, sondern auch generelle Ausbildungsbeihilfen zu fordern, denen eine Begabtenauslese ohne Rücksicht auf die Einkommen der Eltern gegenüberstehen sollte.

Jugend als gesamtdeutsches Problem

Um zu verstehen, welchen Kreis von Menschen das angeht, muss man sich klarmachen, dass es 2 1/2 Millionen Waisen gibt, die in Halbfamilien leben oder das eigene Elternhaus ganz entbehren und dass in jedem Monat über 10 000 junge Menschen aus der Sowjetzone zu uns flüchten, illegal und nicht erfasst nach kompetenten Schätzungen etwa noch einmal soviel. Die Fragen der Flüchtlingsjugend insbesondere sind nicht allein caritative Fragen; sie sind in ganz besonderer Weise Fragen der gesamtdeutschen Politik. Die Machthaber der Sowjetzone wissen um die Bedeutung der Jugend für ihre Politik. Sie fördern die Jugend. Sie fördern sie nach ihrer Weise, aber sie tun es nach Klassengesichtspunkten, gewiss, aber großzügig, gezielt und ohne Ansehen der Mittel. Muss es so sein, dass rund ein Fünftel der jugendlichen Flüchtlinge umkehren und drüben als willkommenen Zeugen westlichen Vorgesangs gefeiert werden? Muss es so sein, dass die Jugendlichen sagen: "Im Osten wird der Materialismus gelehrt, im Westen wird er gelehrt"? Gewährung von Ausbildung ist nicht eine Angelegenheit mehr oder minder mildtätiger Spender; sie ist ein Lebensbedürfnis der Nation. (Man vorgegenwärtige sich, dass in der

Bundesrepublik nur 20 % der Studenten gefördert werden, im Übrigen dagegen über 90 %).

Ohne Rücksicht auf alle geistlichen Einwendungen sollte es gelingen, aus menschlichen wie aus politischen Erwägungen heraus in der Bundesrepublik mit öffentlichen Mitteln - oder über eine großzügige Stiftung - generelle Ausbildungsbeihilfen zu gewähren, die weder von politischen Voraussetzungen noch von dem Einkommen der Eltern oder der Jugendlichen abhängig gemacht werden, sondern lediglich nach der Entwicklungsfähigkeit einer Begabung fragen. Die Bundesrepublik muss schon beweisen, dass es ihr ernst ist um die Förderung der Jugend in Freiheit, dass es ihr ernst ist mit der Beseitigung von überkommenen Bildungsprivilegien.

+ + +

"Freies Europa" befragt die Heimkehrer

sp. Der Emigrantensender "Freies Europa" genießt in der Bundesrepublik nicht gerade hohes Ansehen. Vor den Amerikanern installiert, bekam er später sogar die Sendeerlaubnis der Bundesregierung, die den Bundestag darüber nicht befragt hatte.

Dieser Emigrantensender in München hält es nun für angebracht, Spätheimkehrern Fragebogen zuzustellen, in denen der Empfänger aufgefordert wird, über "ausländische Personen" zu berichten, die er in der Sowjetunion gesehen hat. Gottseidank ist der Sender keine Behörde, der man antworten muss. Aber darf er das Solidaritätsgefühl, das alle Heimkehrer mit den Bingesessenen gleich welcher Nation verbindet, zu offenbar recht durchsichtigen Zwecken ausnützen? Wenn "Freies Europa" an reinen Suchdienstangelegenheiten interessiert ist, so mag es sich an das Rote Kreuz wenden. Das wird ihm niemand verübeln. Die deutschen Heimkehrer aber sollte man besser ungeschoren lassen. Ihr Vertrauen gilt mit Recht mehr den offiziellen deutschen Institutionen, die gewiss auch nicht anstehen werden, den Münchener Emigranten die notwendigen Auskünfte zu geben.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau